



An die  
Parlamentsdirektion  
z.H. Herrn Mag. Gottfried Michalitsch  
Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Per E-Mail: [Stellungnahmen.Petitionsausschuss@parlament.gv.at](mailto:Stellungnahmen.Petitionsausschuss@parlament.gv.at)

Wien, am 20. Juli 2021  
Zl.: 402/200721/GK

**Betreff: Ihr Schreiben Zl. 34/BI-NR/2021 vom 17.6.2021: Parlamentarische  
Bürgerinitiative – Aktion 40.000**

Sehr geehrter Herr Mag. Michalitsch!

Wir bedanken uns für die am 17.6.2021 erfolgte Übermittlung der von Herrn NR-Abg. Bgm. Andreas Kollross initiierten parlamentarischen Bürgerinitiative betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“, zu der wir wie folgt Stellung nehmen:

Die Arbeitslosenzahlen haben sich in den vergangenen Monaten durch die wirtschaftliche Erholung und bereits gesetzte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erfreulicher Weise wieder deutlich reduziert, Mitte 2021 hat die Arbeitslosigkeit wieder weitgehend Vorkrisenniveau erreicht.

Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen werden seitens des Österreichischen Gemeindebundes grundsätzlich begrüßt, wir müssen jedoch auf die derzeit äußerst schwierige finanzielle Lage der Kommunen hinweisen, die es für Gemeinden wie auch gemeinnützige Einrichtungen nicht gerade fördert, die vom Einbringer und den Unterstützern dieser Petition für 2021 geforderten 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen – auch nicht, wenn die Lohnkosten dieser neuen Arbeitsplätze im ersten Jahr zur Gänze durch Bundesmittel getragen wären.

Darüber hinaus ist rückblickend auf die für zwei Jahre bis Mitte 2019 konzipierte und Ende 2017 sistierte Aktion 20.000 die Langfristigkeit der Beschäftigungswirkung solcher befristeten Programme zu hinterfragen. Von den insgesamt rund 3.800 Teilnehmern der Aktion 20.000 konnten mehr als die Hälfte dieser über 50jährigen langzeitarbeitslosen Personen diese mit öffentlichen Mitteln geförderten Beschäftigungsverhältnisse bei Gebietskörperschaften und in gemeinnützigen Organisationen nach deren Ablauf nicht als Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit nutzen.

Es erscheint daher langfristig zielführender - anstelle von temporären zusätzlichen Arbeitsstellen in den Gemeinden – langzeitarbeitslosen Personen zusätzliche Auf- und Umschulungsangebote zu machen und die Vermittlung zu verbessern sowie gleichzeitig einen nachhaltigen Wandel in den Betrieben hin zu mehr Einstiegsjobs herbeizuführen, wie dies etwa gerade durch das Programm „Sprungbrett“ der Fall ist.





Österreichischer  
Gemeindebund

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Österreichischen Gemeindebund:

Dr. Walter Leiss  
(Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Bgm. Mag. Alfred Riedl  
(Präsident des  
Österreichischen Gemeindebundes)